

1. Lesung zum Kreishaushalt 2021

In der Kreistagssitzung

am 6. November 2020

Kreiskämmerer Holger Adler

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch der längste Aufschwung geht irgendwann zu Ende. Waren es 2009 die Spekulanten und Zocker, die die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst haben, so hat jetzt ein Virus die Wirtschaft in die Knie gezwungen. Die Coronakrise hat Deutschland und die Welt fest im Griff und lässt unsere Wirtschaft so stark einbrechen wie schon lange nicht mehr. Die führenden Wirtschaftsinstitute erwarten für dieses Jahr ein Minus von über 5 Prozent. Dieser Einbruch ist dramatisch, weil im Unterschied zu früheren Krisen nicht nur einzelne Sektoren betroffen sind, sondern die gesamte Wirtschaft und das weltweit. Bund, Länder und Kommunen müssen sich darauf einstellen, bis zum Jahr 2024 mit insgesamt 345 Milliarden Euro weniger auskommen zu müssen, als vor der Pandemie angenommen.

Dennoch hat sich die Konjunktur zuletzt wieder besser entwickelt, als zwischenzeitlich erwartet worden war. Positive Meldungen, wie die, dass die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal deutlich um 8,2 Prozent zugelegt hat, lassen aufhorchen und wecken Hoffnungen. Nach einem einigermaßen sorglosen Sommer hat uns jetzt allerdings die Pandemie wieder voll erwischt, die Infektionskurve zeigt steil nach oben. Die allermeisten Menschen begreifen: Diese Krise ist noch lange nicht vorbei.

Dies ist die Kulisse, vor der wir unseren Planentwurf für das kommende Jahr aufgestellt haben: Wir haben nur eine extrem eingeschränkte Planungssicherheit. Die Risiken, Unwägbarkeiten und Unsicherheiten nehmen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zu. Das größte Risiko bleibt der ungewisse Pandemieverlauf. Andere hohe Risiken wie unregelmäßiger Brexit und die Euro- und Schuldenkrise vieler südeuropäischer Staaten treten zwar momentan völlig in den Hintergrund, bergen jedoch auch eine enorme Sprengkraft für uns alle.

Und trotzdem schlagen wir Ihnen heute die Reduzierung des Kreisumlagehebesatzes um einen Prozentpunkt auf 24 Prozent vor. Wir sprechen hier von 4 Millionen Euro, die zusätzlich in den Kassen unserer Städte und Gemeinden im Landkreis verbleiben. Wir bleiben damit weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Wie passt das alles zusammen?

Folgende Überlegung war der Leitgedanke für unseren Vorschlag: Die große Welle an Mindereinnahmen bei den Kommunen wird erst ab dem kommenden Jahr und danach auf uns zurollen. Die kommunalen Spitzenverbände rechnen im nächsten Jahr mit einer milliardenschweren Finanzlücke. Die Konjunkturpakete sind dagegen zumindest bislang nur kurzfristig für dieses Jahr angelegt. Vor allem die Gewerbesteuerausfälle werden die Städte und Gemeinden voraussichtlich aber noch längere Zeit begleiten. Frühestens im nächsten Jahr werden wir eine verlässlichere Bestandsaufnahme machen können. Die Senkung des Kreisumlagehebesatzes wird hier für eine Entlastung bei den Kommunen sorgen.

Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren sehr gut gewirtschaftet, das zahlt sich jetzt aus: Wir sind schuldenfrei und haben hohe Rücklagen, von denen wir zehren können. Wir profitieren von einer Rekordsteuerkraftsumme aus dem Jahr 2019 als Bemessungsgrundlage für die Kreisumlage im nächsten Jahr. Mit diesem Haushaltsplanentwurf gehen wir allerdings auch an unsere Schmerzgrenze, das möchte ich ausdrücklich betonen: Mit einem ordentlichen Ergebnis von 0 Euro ist der Haushalt noch ausgeglichen und gerade noch gesetzeskonform.

Wir sind ein verlässlicher Partner für unsere Städte und Gemeinden, das gilt gerade in der Krise. Bund und Land haben sich als verlässliche Partner für uns Kommunen erwiesen und den Versprechungen Taten folgen lassen. Bund und Land haben erkannt: Wir, die Landkreise gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sind systemrelevant. Zum einen bei der logistischen Bewältigung der gegenwärtigen Situation, gerade beim Containment. Zum anderen ist aber auch klar: Nur, wenn die Kommunen durch ihre Investitionen zur Konjunkturlokomotive werden, kommt dieser Staat gut durch die nächsten Monate. Und hierfür brauchen wir eine angemessene Finanzausstattung. Deshalb sind die Konjunkturpakete mit den beschlossenen Hilfen so enorm wichtig für uns.

Es war für mich beeindruckend zu sehen, wie schnell beispielsweise die Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht wurde, damit die Landkreise mit der Erhöhung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft dauerhaft entlastet werden. Bezogen auf den Landkreis Biberach reden wir hier von 2 Millionen Euro pro Jahr. Enorm wichtig ist auch der Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle der Städte und Gemeinden in diesem Jahr. Die Städte und Gemeinden im Landkreis Biberach erhalten einmalig Kompensationszahlungen in Höhe von 55 Mio. Euro. Der Landkreis wird hier im Jahr 2022 durch den 2-Jahresversatz bei den Steuerkraftsummen profitieren.

Aber: Die fetten Jahre sind auch für den Landkreis Biberach erst einmal vorbei. Allein bis 2023 fehlen uns gegenüber der bisherigen Finanzplanung krisenbedingt rund 25 Millionen Euro.

Auch wenn wir selbst keine neuen Kredite aufnehmen, führen die staatlichen Konjunkturprogramme und Hilfsmaßnahmen dazu, dass der so genannte öffentliche Gesamthaushalt mit einem Rekorddefizit von über 180 Milliarden Euro abschließen wird. Und zur Wahrheit gehört auch, dass all diese Rettungspakete fast ausnahmslos über Kredite finanziert werden müssen. Kredite, die auch irgendwann zurückbezahlt werden müssen. Das werden wir alle noch zu spüren bekommen. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden uns noch lange beschäftigen. Deshalb werden auch im nächsten Jahr die Rufe nach finanziellen Entlastungen und weiteren Hilfen nicht verstummen. Aber kreditfinanzierte Hilfspakete müssen zeitlich begrenzt sein und können nicht dauerhaft fortgeführt werden.

Derzeit gehen wir davon aus, dass wir den Kreisumlagehebesatz ab 2022 zumindest wieder auf das bisherige Niveau von 25 Prozent anheben müssen. Entscheidend ist dabei, dass wir im Ergebnishaushalt unsere großen Kostenblöcke weiter im Griff behalten und Kostensteigerungen begrenzen. Wir müssen deshalb mit kritischem Blick unsere konsumtiven Ausgaben betrachten. Aber das allein wird nicht reichen: Mit Blick auf die dynamische Entwicklung bei den Sozialleistungen brauchen wir dringend den Wirtschaftsaufschwung.

Wir fahren jetzt auf Sicht. Noch nie war diese Aussage so zutreffend. Ausgabendisziplin ist wichtiger denn je, aber produktive öffentliche Investitionen wie etwa für unsere Infrastruktur sowie Bildung und Ausbildung dürfen nicht vernachlässigt werden. Und deshalb gilt auch für unser Investitionsprogramm: Wir setzen jetzt nicht den Rotstift an, das wäre der völlig falsche Weg.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Kreistags, haben mit ihren Beschlüssen wichtige Weichen gestellt und eine Vielzahl von wichtigen Projekten und Maßnahmen auf den Weg gebracht. Und die Verwaltung arbeitet mit unvermindertem Tempo an der Umsetzung. Im kommenden Jahr wollen wir 20,5 Mio. Euro investieren. Im Finanzplanungszeitraum bis 2024 sind es insgesamt 98 Mio. Euro, die wir vor allem für unsere wichtigen Aufgabengebiete Bildung, Digitalisierung und die verkehrliche Infrastruktur zielgerichtet ausgeben wollen.

Neben unseren großen Straßenbaumaßnahmen, die wir in eigener Verantwortung durchführen oder aktiv begleiten, haben wir im nächsten Jahr allein 2,1 Mio. Euro für die Fertigstellung der K 7527 Schemmerberg – Baltringen vorgesehen. Bei den Ortsumfahrungen im Zuge der B 312 kommen wir weiter voran. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und warten jetzt auf den Abschluss des Linienbestimmungsverfahrens durch das Bundesverkehrsministerium. Auf dieser Grundlage können wir dann weiterplanen.

Der Neubau des Schülerwohnheims steht in den Startlöchern, auch wenn am vergangenen Dienstag das Preisgericht Corona-bedingt nicht wie geplant tagen konnte. Wir werden das so bald wie möglich nachholen. Für die Bildungsinfrastruktur sind in 2021 Investitionsmittel von 2 Mio. Euro vorgesehen. Parallel dazu arbeiten wir an der Umsetzung unseres Schulsanierungsprogramms und dem Digitalpakt, jeweils mit hohen Zuschüssen. Einschließlich aller Kosten für EDV-Ausstattung, Lehr- Lernmittel, Schulgebäude und Personal planen wir im nächsten Jahr mit Ausgaben für unsere Aufgaben als Schulträger (Teilhaushalt 3) in Höhe von 19,6 Mio. Euro.

Das Thema Digitalisierung in unseren Schulen ist nicht neu. Tablet-Klassen gibt es bei uns nicht erst seit der Corona-Pandemie. Seit Jahren investieren wir hohe Summen in eine gute IuK-Ausstattung, immer in enger Abstimmung mit den Schulleitungen und unter Berücksichtigung der entsprechenden Konzepte. Aber die Corona-Krise wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger. Der Digitalisierungsprozess muss jetzt viel schneller umgesetzt werden, Beschaffungen müssen vorgezogen werden.

Dies alles aktuell mit hohen Zuschüssen, beispielsweise aus dem Digitalpakt. Aber es ist klar, dass Folgekosten für uns als Schulträger entstehen. Zudem ist es mit der Beschaffung allein nicht getan. Für die administrative Betreuung von tausenden Geräten brauchen wir qualifiziertes Personal, die Lehrerschaft allein ist hier überfordert. Das Stichwort ist hier das bereits genannte „Mobile Device Management“ (MDM), über das wir mit Ihnen sprechen wollen.

Unsere Schülerinnen und Schüler machen Home-Schooling, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schicken wir verstärkt ins Home-Office, das wird sich auch nach Corona nicht komplett wieder umkehren. Die IT-Infrastruktur muss darauf ausgerichtet werden: Erhöhte Serverkapazitäten, mobile Geräte und der weitere Ausbau der digitalen Akte kosten viel Geld, sind aber alternativlos und unabdingbare Voraussetzungen für ein modernes und zeitgemäßes lernen und arbeiten. Die EDV-Aufwendungen sind mit rund 5,2 Mio. Euro veranschlagt.

Moderne und belastbare Infrastrukturen, ein verlässliches Gesundheitssystem und funktionierende und leistungsfähige Sozialsysteme. Die Pandemie hat uns allen nachdrücklich verdeutlicht, wie wichtig kommunale Daseinsvorsorge ist. Ein wesentlicher und wichtiger Teilbereich unserer Daseinsvorsorge ist unser Sozialetat (Teilhaushalt 5). Im Vergleich zum Jahr 2020 steigen unsere Sozialtransferaufwendungen um 1,4 Mio. Euro auf netto 74,4 Mio. Euro. Und das, obwohl die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten stark erhöht wurde und die Hilfen für Flüchtlinge einschließlich der Anschlussunterbringung praktisch vollständig vom Land finanziert wird.

Die kritischen Bereiche Kinder- und Jugendhilfe sowie die Eingliederungshilfe mit deutlich steigenden Aufwendungen hat Herr Dr. Schmid bereits benannt. Um es nochmals zu verdeutlichen: Allein in den Jahren 2016 bis 2021 steigen unsere Aufwendungen bei der Eingliederungshilfe um 28 Prozent oder 10,8 Mio. Euro auf 48,7 Mio. Euro. Das neue BTHG wird voraussichtlich weitere Kostensteigerungen nach sich ziehen. Wir werden diese Entwicklungen im Sozialausschuss näher beleuchten.

Ein bedeutender Kostenblock sind mit 59,8 Mio. Euro unsere Personalaufwendungen. Vor wenigen Tagen ist in der Tarifrunde eine Einigung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes erzielt worden. Zum 1. April 2021 werden die Tarifentgelte zunächst um 1,4 Prozent erhöht. Den Tarifabschluss haben wir im Wesentlichen bei der Planerstellung berücksichtigt, so dass sich hier im Nachgang kein Anpassungsbedarf ergibt.

Vor dem Hintergrund der neu ausgewiesenen und teilweise auch gegenfinanzierten Stellen lohnt sich ein Blick auf die Personalaufwandsquote, also das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den übrigen ordentlichen Aufwendungen. Und diese Quote liegt seit Jahren stabil bei rund 22 Prozent was verdeutlicht, dass wir hier keine überproportionalen Kostensteigerungen zu verzeichnen haben.

Uns allen wird das Jahr 2020 in Erinnerung bleiben. Es ist ein schwieriges und herausforderndes Jahr, das uns allen viel abverlangt und auch das nächste Jahr wird in vielerlei Hinsicht nicht einfach. Mit dem vorliegenden Planentwurf für das Jahr 2021 setzen wir nach meiner Auffassung die richtigen Schwerpunkte, um gut durch die Krise zu kommen.

Ich bedanke mich ganz besonders bei meinem Team für die tolle Unterstützung. Trotz vieler zusätzlicher Aufgaben und Verpflichtungen haben alle gemeinsam sehr engagiert und zielgerichtet an diesem Kursbuch für das kommende Jahr gearbeitet.

Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen und hoffe sehr, dass wir diese ohne allzu große Einschränkungen durchführen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.